

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (31)



21. Dezember 2015

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!



Etwas verspätet nun die nicht mehr ganz so „aktuelle Post“ von der Kreistagssitzung am 9. Dezember 2015.

*Wir wünschen allen
Leserinnen und Lesern
erholsame Feiertage und
ein gutes, friedliches
Jahr 2016.*

Die Kreistagssitzung hatte eine kurze Tagesordnung. Es gibt einige interessante Punkte aus den Ausschüssen zu berichten.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Antrag Koalition: Neue Richtlinien für die Schülerbeförderung
2. Ausländerfeindliche und rassistische Anträge der NPD
3. Ausschuss für Bildung am 30. November 2015: Stand der Inklusion
4. Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit am 30. November 2015: Mietobergrenzen des Wetteraukreises, Flüchtlinge

Antrag der Koalition: Neue Richtlinien für die Schülerbeförderung

Ein bisschen hat der Protest der Eltern und Schüler/innen und die intensive Auseinandersetzung im Kreistag und in der Presse doch gebracht: Der Wetteraukreis will mit einer freiwilligen finanziellen Leistung die Anforderungen des §161 Schulgesetz unterbieten. Dort heißt es:

„Eine Beförderung ist notwendig, wenn die kürzeste Wegstrecke zwischen Wohnung und Schule sowie zwischen Wohnung oder Schule und einem sonstigen Ort, an dem regelmäßig lehrplanmäßiger Unterricht erteilt wird, für Schülerinnen und Schüler der Grundschule mehr als zwei Kilometer und für Schülerinnen und Schüler ab der fünften Jahrgangsstufe mehr als drei Kilometer beträgt. Unabhängig von der Entfernung kann die Beförderung als notwendig anerkannt werden, wenn der Schulweg eine besondere Gefahr für die Sicherheit und die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler bedeutet oder eine Schülerin oder ein Schüler ihn aufgrund einer Behinderung nicht ohne Benutzung öffentlicher oder privater Verkehrsmittel zurücklegen kann.“

Die Koalition anerkennt jetzt, dass der Schulweg dann besonders gefährlich ist, wenn er einschließlich der 6. Schulklasse mehr als 750 Meter und ab der 7. Schulklasse mehr als 1500 Meter durch nicht bewohntes Gebiet führt. Die Einsehbarkeit der Wege von bebauten Ortslagen oder öffentlichen Verkehrswegen muss zu 75 Prozent gewährleistet sein.

Wir sehen diese Festlegung als Schritt in die richtige Richtung. Doch eine Lösung des Problems ist das noch nicht.

Das ist unsere Rede zum Thema:

Sehr geehrte Kreistagsvorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag der Koalition geht in die richtige Richtung. Immerhin wurde die besondere Gefährdung anerkannt, wenn ein Schulweg über freies Feld führt, entlang stark befahrener Straßen oder wenn auf dem Weg keine soziale Kontrolle gewährleistet ist. Auch, dass Kosten übernommen werden, um die Schulwegesicherheit zu verbessern und eine Karte für manche Schüler/innen bezahlt wird, ist hilfreich.

Wir haben jedoch weiterhin kritische Fragen:

Wir erwarten immer noch, dass Kriterien für einen sicheren Schulweg und die Gefahren aufgestellt werden. Dazu sagt der Antrag des Herrn Mallmann (Grüne) mehr aus, als der Antrag der Koalition. Wann gibt es diese Kriterien?

Die Clever Card wird nicht allen Schüler/innen zur Verfügung gestellt. Wieso nicht?

Wieso werden nicht alle Schüler/innen gleich behandelt? Wieso legen Sie keine Berechnung vor, damit deutlich wird, wie viel eine kostenfreie Schülerbeförderung den Kreis kosten würde? ...und wie viel im Vergleich die Celver Card den Kreis kostet? Wie hoch sind die Verwaltungskosten, um die Berechtigung der Karte zu prüfen und sie an die Schüler auszugeben?

*Was spricht gegen ein kostenfreies Schülerticket für alle? Ähnlich eines Semestertickets? Die Verwaltungskosten würden weitgehend entfallen. Alle würden gleich behandelt. Es gäbe keine sozialen Härten für einkommensschwache Familien. Die Kinder könnten auch nachmittags Freunde besuchen, an Veranstaltungen teilnehmen, zum Sportverein kommen, usw.
Zusammenfassend: DIE LINKE wird sich bei diesem Antrag der Koalition enthalten. Wir sehen, dass der Antrag in die richtige Richtung geht.
Aber er geht nicht weit genug und wichtige Entscheidungsgrundlagen fehlen.*

Für die nächste Kreistagsitzung am 13. Januar haben wir einen Antrag gestellt, der sich an die Landesregierung richtet und ein kostenfreies Schülerticket fordert.

Ausländerfeindliche und rassistische Anträge der NPD

Die NPD wird in der letzten Zeit (nach fast fünf Jahren Schlaf) im Kreistag aktiver. Mit ihren ausländerfeindlichen und rassistischen Anträgen versucht sie, in die Kommunalwahlen einzusteigen. Dafür ist den Nazis nichts zu billig. Sie beantragten, dass jedem Flüchtenden ein Text ausgehändigt wird, mit dem Titel: „Deutschland wird nicht eure Heimat“. In einem zweiten Antrag stellten sie einen „Leitfaden für Asylbewerber“ zur Abstimmung, der vor Arroganz nur so trieft: danach haben Flüchtende weder Ahnung von Hygiene noch von Alltagskultur. Total überheblich geben sie Tipps für die Nutzung von Toiletten und das Einkaufen im Supermarkt...was ja niemand außer uns Deutschen wirklich kann.

Diesmal oblag es der CDU und der Linken, diese Anträge zurückzuweisen.

Die CDU forderte in einem beachtenswerten Redebeitrag ein Verbot der NPD und verbat sich diesen „Leitfaden“.

Wir fanden es zu doof, auf die „Argumente“ der Nazis einzugehen. Deshalb trugen wir mit dem Gedicht: „Rosen auf den Weg gestreut“ von Kurt Tucholsky zur politischen Bildung bei:

Gedicht aus der Weltbühne 1931:

*Ihr müßt sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!*

*Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!*

*Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft:
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!*

*Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: »Ja und Amen – aber gern!*

Hier habt ihr mich – schlagt mich in Fetzen!«

Und prügeln sie, so lobt den Herrn.

Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!

*Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft.
Und schießen sie - du lieber Himmel,
schätzt ihr das Leben so hoch ein?
Das ist ein Pazifisten-Fimmel!
Wer möchte nicht gern Opfer sein?
Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen ...
Und verspürt ihr auch
in euerm Bauch
den Hitler-Dolch, tief, bis zum Heft:
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!*

Bericht aus dem Ausschuss für Bildung zum Stand der Inklusion in der Wetterau

Der Schulrat für die Förderschulen im Schulbezirk Wetterau/Hochtaunus – Herr Dinges - war eingeladen, um über den Stand der Arbeit in der „Modellregion inklusive Bildung“ zu berichten.

Er gliederte seinen Bericht in drei Abschnitte:

1. Zwischenbilanz, 2. Korridorklassen und 3. Projektzeitraum 2017/2018

Dinges sparte nicht mit Lob zur Umsetzung der Inklusion in der Wetterau, als er zu den Punkten ausführte:

Zu 1) Das Ziel, die Förderschulen zurückzufahren und die Unterstützung an den Regelschulen auszubauen, sieht Dinges weitgehend als gelungen an.

Die Regelschulen würden in den Bereichen „Lernen“, „sozial/emotionale Erziehung“ und „Sprachheilunterricht“ erfolgreich arbeiten.

Es sei gelungen, Lehrkräfte aufzustocken und freiwerdende Lehrer/innen aus den Förderschulen umzuleiten: Es seien 23 neue Stellen für sonderpädagogische Unterstützung der Regelschulen neu geschaffen worden. Im Schuljahr 2012/13 seien 53 Sonderpädagogen an Regelschulen unterstützend tätig gewesen – im Schuljahr 2015/16 seien es (incl. der neuen 23 Stellen) 107 Sonderpädagogen.

Die Aufteilung der Lehrkräfte erfolge transparent. Alle Schulen seien über die Ressourcen der Nachbarschulen informiert. Der Einsatz der Lehrkräfte sei durch Kooperationsvereinbarungen mit den Regelschulen festgeschrieben. Eine Verteilerkonferenz sorgt für die nötigen Lehrkräfte. In Erziehungshilfe-Brennpunktschulen wäre eine Nachsteuerung möglich, die bei 20 Prozent mehr Lehrkräften liegen könne. Es würden sonderpädagogische Ganztagsangebote besonders unterstützt. 10 Prozent der Schüler/innen würden in Projekten gefördert. Das Prinzip der wohnortnahen Beschulung würde für die Schüler/innen umgesetzt.

Die Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte hätten sich verbessert. Maximal drei Einsatzschulen seien mit dem Personalrat vereinbart worden. Es gebe eine Vertretungsreserve – das sei einmalig in Hessen. Außerdem stünden den Sonderpädagogen Kooperationsstunden für die Arbeit mit den Regelschulkräften zur Verfügung. Die Arbeit für die Sonderpädagog/inn/en habe abgenommen, weil es weniger Notwendigkeit für Förderausschüsse gäbe. (170 Förderausschüsse haben 2015 getagt). Die Teams vor Ort entscheiden meist über die Förderung. Jede/r Schüler/in werde weiterhin individuell gefördert. In den Konferenzen/ Besprechungen/Dienstversammlungen der Lehrkräfte würde vor allem mit best-practice-Berichten motiviert.

Auf Nachfrage wurden diese Aussagen jedoch stark eingeschränkt. Die Unterstützung erfolge vor allem beim Wechsel von der Kita in die Schule und bei Wechsel von der 4. Klasse in die 5. Klasse. Weiter reichen die Ressourcen nicht aus.

Zu 2.) Korridorklassen wurden vorgestellt. Sie lösen nach und nach die „Kleinklassen für Erziehungshilfe“ ab. Bei den Korridorklassen – zwei in der Wetterau - handelt es sich um vorübergehende Auszeitklassen, wenn gemeinsames Lernen nicht möglich ist. Die Schüler/innen verbleiben organisatorisch in den Herkunftsschulen und kehren nach durchschnittlich 10 bis 12 Wochen wieder dorthin zurück. Es gibt schriftliche Vereinbarungen zwischen Korridorklasse und den Schülern und Eltern. Die Lehrerbesetzung erfolgt doppelt: ein/e Regelschullehrer/in und ein/e Sonderpädagoge/in. Der Unterricht erfolgt nach dem Lehrplan der Regelschule. Alle sechs Wochen wird der Fall mit allen Beteiligten besprochen: Sonderpädagogen, Psychologen, Jugendamt, Eltern usw. Dafür werden die Lehrkräfte freigestellt. Ein runder Tisch kommt eine Woche vor Rückschulung und sechs Wochen nach Rückschulung zusammen, um über weitere Unterstützung nachzudenken. In wieweit dieses aufwendige System in der Realität funktioniert, erklärt Dinges auf Nachfrage: Über den Erfolg dieser Maßnahmen könne er frühestens nächstes Jahr berichten und es handelt sich in der Wetterau um 12 Schüler/innen, die sich in einer solchen Maßnahme befinden. Außerdem gibt es Korridorklassen nur im Grundschulbereich.

Wir bezweifeln sehr, dass es wirklich nur 12 Schüler/innen mit erheblichem Erziehungshilfebedarf in der Wetterau gibt. Eine Ausstattung mit Sozialarbeit und berufsorientierten Fördermaßnahmen gibt es an den Schulen nicht ausreichend. Dies sehen wir jedoch als Voraussetzung für die Förderung im Bereich Erziehungshilfe an.

Zu 3.) Über die Perspektiven der „Modellregion inklusive Bildung“ für die Wetterau wurde wenig berichtet. Das Kultusministerium gibt keine verlässlichen Perspektiven aus. Dinges beklagt: das lähme die Arbeit der Akteure. Man könne nicht wirklich planen. Herr Betschel teilte mit, dass es weiterhin 3000 Euro Jahresförderung vom Wetteraukreis gäbe, wenn eine Schule Schulsozialarbeit anbiete.

Wie man davon eine stabile Schulsozialarbeit finanzieren will, blieb ungeklärt.

Bericht aus dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG)

Mietobergrenzen

Der Kreisausschuss hat neue Mietobergrenzen für den Wetteraukreis festgelegt, die ab 1. 1. 2016 gelten sollen.

Es wurde keiner der Fachausschüsse und auch nicht der Ausschuss JSG in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Die neuen Mietobergrenzen sind auf der homepage der Linken Wetterau zu finden und auch die Presseerklärung, die wir dazu verfassten:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/sozialpolitik/607-mietobergrenzen-vergleich-von-2005,-2015-und-2016.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/presse/605-neue-mietobergrenzen-2016-keine-entlastung-f%C3%BCr-einkommensschwache-mieter-im-wetteraukreis.html>

Wenn man gutwillig ist, könnte man sagen: es gibt Positives: Im Westkreis wurden die Mietobergrenzen erhöht. Positiv wäre dann auch, dass der freie Wohnungsmarkt mehr berücksichtigt wurde als beim letzten Mal (statt zu 21,34% nun 24,89%).

Doch die Nachteile überwiegen bei Weitem!

Die Obergrenzen sind nicht für den gesamten Kreis erhöht worden. Es gibt sogar Fälle, da liegen die heutigen Obergrenzen unter denen von 2005! Nach wie vor gelten im Ostkreis für Familien mit Kindern niedrigere Mietobergrenzen als 2014.

Die bisherige Datenbasis – also die Wohnungen, deren Miete für die Berechnung erfasst wurde – ist nicht neu erstellt worden sondern gleich geblieben. Nach wie vor sind 75,11% der zugrunde gelegten Wohnungen nicht anmietbar – sie sind bewohnt. Und das meist schon viele Jahre lang. So kann man keinen realistischen Mietpreis berechnen.

Der Sozialdezernent Betschel erklärte: „Wir dürfen die angespannte Wohnungssituation nicht in den Topf der Mietobergrenzen hineintun.“ Aha! Und wie sollen einkommensschwache Haushalte mit diesen Mietobergrenzen eine Wohnung auf dem angespannten Wohnungsmarkt finden?

Flüchtlinge

In einem Nebensatz wurde erwähnt, dass Hubertus nicht mehr für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge zur Verfügung stehe. Hier muss eine Anfrage klären, welche Gründe es dafür gibt.

In der Jugendhilfe sind 2014 zehn neue Stellen geschaffen worden.

4,5 Stellen für Inobhutnahme und Kinderschutz, 3 Stellen für wirtschaftliche Jugendhilfe und 2,5 für minderjährige Flüchtlinge.

Insgesamt leben in der Wetterau heute etwa 3000 Geflüchtete. Das sind 1% der Einwohner des Wetteraukreises.

Dennoch haben die Kommunen und der Kreis Schwierigkeiten, mit der Unterbringung und der Integration. Im 4. Quartal 2015 sind 951 Menschen gekommen. Davon sind 830 derzeit noch nicht registriert, weil die Bundesbehörden überfordert sind. In Nidda sind die Turnhallen als hessische „Überlaufeinrichtung“ hergerichtet worden. Dort findet eine Notversorgung statt und die Menschen müssen zu einem anderen Bestimmungsort geschickt werden. Die meiste Arbeit wird von ehrenamtlichen Helfern geleistet.

Der Wetteraukreis wird 2016 etwa 50 neue Stellen rund um den Bereich „Flucht“ schaffen/besetzen.

Immerhin scheint inzwischen die finanzielle Entlastung der Kommunen etwas besser zu funktionieren. Die Kaserne in Friedberg kann in Kürze auch genutzt werden.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auch auf der homepage DIE LINKE Wetterau ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich und Gabi Faulhaber